Datum: 26.02.2007 Herr Meinken Tel.: 361-11963

Vorlage für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16. März 2006

Stelleneinsparungen im Bildungsressort

A. Problem

Der Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 16. Mai 2006 mit der Bitte um Erstellung eines Berichts, in dem das Bildungsressort die vom Senat beschlossene Stelleneinsparung von 15 % darstellt, bezieht sich auf Beratungen des Koalitionsausschusses am 25./28. Februar 2005 und 13./14. März 2005, die dem Senat am 22. März 2005 bzw. 19. April 2005 zur Kenntnis gegeben worden sind.

Die hier maßgeblichen Beschlüsse lauteten:

- am 25./28. Februar 2005 im Abschnitt Organisation/Neustrukturierung (Bildung):
 - 25. Stand/Effizienz/Fortentwicklung der **Bremischen Bildungsinfrastrukturgesell-schaft:** Die personelle Ausstattung der Bildungsbehörde wird um 15 % reduziert. Das verbleibende Personal wird zu gleichen Teilen auf die Schulen, die Bildungsinfrastrukturgesellschaft und die Bildungsbehörde aufgeteilt.
- am 14. März 2005 (ergänzend) im Abschnitt personalwirtschaftliche Rahmensetzung:

Personal:

Deutliche Stellenreduzierung in den senatorischen Behörden (Bildungsressort -15 %, Umweltressort -10 %; aus den anderen Bereichen wird Vergleichbares erwartet). Im Protokoll zu dieser Sitzung wird ausgeführt: Betreffend die deutliche Stellenreduzierung in den senatorischen Behörden ist festzuhalten, dass dieser Prüfauftrag (zum 30.06.2005) als eine Schwerpunktsetzung innerhalb der von den einzelnen Ressorts für den Verwaltungsbereich jeweils zu erbringenden PEP-Quote zu verstehen ist.

B. Lösung

1. Grundlage dieser Beschlüsse im Frühjahr 2005 war somit die Zielsetzung, im Bildungsbereich eine veränderte Form der Aufgabenwahrnehmung zu etablieren, d.h. Verlagerung von Aufgaben aus der senatorischen Behörde an andere Stellen, nämlich in die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur als einer neuen Dienstleistungseinheit für die Schulen und unmittelbar in die Schulen. Mit dem Gutachten zur Gründung einer Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur (Fa. Putz und Partner) und der Organisationsuntersuchung des LIS (Tormin-Gutachten) lagen zwei umfangreiche Vorschlagspakete zur Veränderung der Aufgabenzuordnung und der Neuordnung von Aufbau- und Arbeitsprozessen vor. Sie hielten eine Machbarkeit der Organisations- und Personalentwicklungsziele für möglich. Mit Verlagerung oder Wahl einer anderen Form der Aufgabenerledigung entfällt logischerweise die Aufgabe in der senatorischen Behörde, eine Reduzierung des Personalbestandes durch volle Abschöpfung der Fluktuation erschien dann machbar. Das den Beschlusswortlaut des Koalitionsausschusses ergänzende Protokoll hebt genau diese

Aufgabenstellung als Basis der Beratungen heraus.

- 2. Das Tormin-Gutachten mit der veränderten Aufgabenstellung für das LIS wurde umgesetzt (vgl. zuletzt die Beratung in der Deputation für Bildung am 08.02.2007 zur Vorlage G 198 zur Gründung des Zentrums für schülerbezogene Beratung) und dabei eine Reduzierung des Personaleinsatzes im Umfang von 10% zur Planungsgrundlage genommen. Dieser Wert ist bereits erreicht worden.
- 3. Die mit der Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur verbundenen und in einem ersten Aufgabenkatalog zusammengestellten bzw. anzustrebenden aufgabenbezogenen und personellen Veränderungen sind durch die Entscheidung des Senators für Bildung und Wissenschaft im Dezember 2005 zunächst ausgesetzt und verworfen worden. Die Gesellschaft hat deshalb die operativen Tätigkeiten nicht aufgenommen. Über die Gründe ist die Deputation für Bildung zeitnah und dann mit der Vorlage G 157 am 18. Mai 2006 ausführlich unterrichtet worden. Zugleich ist dargelegt worden, wie der notwendige fortlaufende Umbauprozess für das bremische Bildungssystem durch Arbeitseinheiten der senatorischen Behörde fortgesetzt werden soll. Die Deputation hat die Vorgehensweise zur Kenntnis genommen und den Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet.

Unter Vorlage 16/485 S hat der Haushalts- und Finanzausschuss am <u>09. Juni 2006</u> ebenfalls die Nichtfortführung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Kenntnis genommen und diesbezügliche Berichtsaufträge für erledigt erklärt.

- 4. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Beratung der Haushaltsaufstellung 2006/07 für den Produktplan Bildung am 16. Mai 2006 den Zusammenhang von Veränderungen der Organisation/Neuausrichtung durch Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur mit entsprechender Aufgabenzuweisung und dann mögliche Absenkung des Personaleinsatzes in der senatorischen Behörde wie er in den Beschlüssen des Koalitionsausschusses hergestellt ist in seiner Beschlussfassung an diesem Tage jedoch aufgelöst und den im Betreff zitierten Beschluss gefasst. Dies geschah, obwohl auch der Berichterstatter für den Produktplan in seiner Vorlage die Wirkungszusammenhänge noch einmal herausgearbeitet hatte (Zitate):
 - Alle Steuerungsstrategien, die ursprünglich mit der Gesellschaft verfolgt werden sollten, lassen sich ohne die Gesellschaft besser und preisgünstiger erreichen,
 - die Absicht des Senats, 15% in der senatorischen Behörde bis 2009 einzusparen, ist (dementsprechend) im Haushaltsentwurf nicht umgesetzt. Das Budget ist entsprechend der allgemeinen PEP-Quote gebildet worden.

Herr Senator Lemke hat in der Sitzung persönlich den Zusammenhang zwischen der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und dem Personalbestand der senatorischen Behörde als Basis des Beschlusses des Koalitionsausschusses und der Kenntnisnahme durch den Senat erläutert. Die im Beschluss vom 16. Mai 2006 dennoch gewählte Formulierung: "Vom Senat beschlossene Stelleneinsparung von 15% für die senatorische Behörde Bildung" ist in dieser Form daher missverständlich dargestellt.

- 5. Die Steuerung des gesamten "Change-Managements" für das bremische Bildungssystem anhand der Grundlinie
 - Verlagerung der Verantwortung an den Ort der Leistung und dementsprechend deutliche Erhöhung der Eigenständigkeit in den Ebenen

- Pädagogische Entscheidungsprozesse
- Personelle Entscheidungsprozesse
- Schulinterne Organisationsstruktur
- Finanzielle Ressourcenverwendung
- Umbau der Arbeit in der senatorischen Dienststelle in Richtung auf ministerielle und grundsätzliche Angelegenheiten (u.a. curriculare Vorgaben, Konzipierung von Bildungsgängen) sowie auf die strategische Steuerung der Schulen bzw. Wahrnehmung der Schulaufsicht

ist nach der Entscheidung gegen eine Verlagerung an andere Stellen allein durch Arbeitseinheiten in der senatorischen Behörde Bildung und Wissenschaft zu leisten. Für eine derart anspruchsvolle Umsteuerungsaufgabe, die über Jahrzehnte aufgebaute und praktizierte Abläufe innerhalb weniger Jahre grundlegend verändern soll, wird teilweise anders qualifiziertes Personal benötigt, so dass eine volle Abschöpfung der Fluktuation (15 % würde der Fluktuation bis 2009 entsprechen) und damit Verzicht auf Wiederbesetzung nicht möglich ist.

Für die senatorische Behörde innerhalb des Produktplanes Bildung gilt (wie für die anderen Verwaltungsdienststellen) die PEP-Quote. Der Haushaltsabschluss 2006 des Produktplanes Bildung ist (trotz Reduzierung des Haushaltsanschlages It. Haushaltsgesetz durch zwischenzeitliche Bewirtschaftungsmaßnahmen) innerhalb des vorgegebenen Rahmens geblieben. Sonderlasten, d.h. Einsparungen über die Vorgabe des PEP hinaus, gefährden das Umbauziel und sind – siehe obige Darstellung – auf Seiten des Senats nicht formuliert worden. Die Verstärkung eigenständiger Entscheidungen und Durchführungsaufgaben vor Ort in den Schulen ermöglicht mittel- und langfristig den kontinuierlichen Personalabbau in der senatorischen Behörde gemäss Vorgabe des PEP, wobei allerdings die vermehrte Aufgabenwahrnehmung in den Schulen selbst personalwirtschaftliche Folgen nach sich zieht.

In den letzten zehn Jahren ist das Personal in der senatorischen Behörde um rd. 28 % abgebaut worden (Reduzierung des Beschäftigungsvolumens von Anfang 1996 mit rd. 322 Vollzeitstellen auf jetzt 230 Stellen). Neben dem bereits in Ziffer 2 aufgeführten Stellenabbau im Landesinstitut für Schule ist auch in der weiteren zum Geschäftsbereich gehörenden Dienststelle Landeszentrale für politische Bildung ein 50%iger Stellenabbau vorgenommen worden (Beratung der Deputation für Bildung am 18.7.2006).

C. Beschlussvorschlag

Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt den Bericht des Senators für Bildung und Wissenschaft vom 26. Februar 2007 zur Aufgabenstellung und personalwirtschaftlichen Situation der senatorischen Behörde zur Kenntnis.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer Staatsrat